IHK Lübeck

Recht und Steuern
Joseph Scharfenberger
Telefon: 0451 6006-235

Bericht zur Vollversammlung

Bericht über die Sitzung der Vollversammlung am 4. April 2017

Frau Präses Kühn eröffnet die Vollversammlung mit einer Schweigeminute für das kürzlich verstorbene ehemalige langjährige Vollversammlungsmitglied Peter Lüttgens.

TOP 1 Formales

1. Wirtschaftspolitische Positionen 2017 der IHK-Organisation

   Die Wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation sind ein zentrales Instrument der Politikberatung auf Bundesebene. Sie fassen die Leitlinien und Positionen zu zentralen und aktuellen wirtschaftspolitischen Themen zusammen. Die Positionen werden regelmäßig überarbeitet.

   Nach einem zweistufigen Konsultationsprozess, in dem die IHKs ihre Anregungen zu den Wirtschaftspoltischen Positionen einbringen konnten, hat der DIHK am 23. Februar 2017 den finalen Entwurf vorgelegt. Die Positionen beinhalten folgende Kernforderungen (mit Verweisen zu den ausführlichen Texten):

1. **Zukunft durch Berufliche Bildung sichern** – Berufliche Bildung als attraktiven Bildungsweg stärken und neue Zielgruppen gewinnen!
   Siehe Positionen zu „BILDUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG"
2. **Digitalisierung gestalten und vorantreiben** – Chancen der Digitalisierung nutzen, Rahmenbedingungen für digitale Technologien verbessern!
   Siehe Positionen „Digitale Agenda", „Infrastruktur" und „Bürokratieabbau"
3. **Energiewende zum Erfolg führen** – Belastungen für die Unternehmen verringern, Netze ausbauen!
   Siehe Positionen zu „ENERGIE UND UMWELT" sowie Positionen „Industriepolitik" und „Infrastruktur"
4. **Bürokratie abbauen, höhere Steuerbelastungen vermeiden** – Investitionskraft der Unternehmen stärken, Steuersystem vereinfachen, öffentliche Haushalte solide führen!
   Siehe Positionen zu „INDUSTRIE UND INNOVATION", „STEUERN UND FINANZEN" und Position „Bürokratieabbau und besseres Recht"
5. **Infrastruktur ausbauen** – Glasfaser-, Verkehrs- und Energienetze verbessern, Flächen bereitstellen, Finanzierung und Planungskapazitäten verstetigen!
   Siehe Positionen „Energie", „Industriepolitik" und Positionen zu „INFRASTUKTUR UND REGIONALPOLITIK"
6. **Zukunftsfestes Europa gestalten, internationale Handelsbeziehungen weiterentwickeln –** Krisen in Europa bewältigen, Kompetenzen und Verantwortungen klar regeln, offene Märkte erhalten!
   Siehe Positionen „Faire Spielregeln", „Verantwortliche Politik in Europa" und Positionen zu „AUSSENWIRTSCHAFT UND AUSSENHANDEL"

7. **Industriestandort stärken** – Weichen für Industrie 4.0 richtig stellen, Forschung, Innovation und Vernetzung durch funktionierende Rahmenbedingungen fördern!

   Siehe Positionen zu „INDUSTRIE UND INNOVATION"

8. **Flüchtlinge erfolgreich integrieren** – Herausforderungen gemeinsam angehen, Hürden verringern, Beschäftigungschancen entwickeln!

   Siehe Positionen „Integration von Geflüchteten", „Beschäftigung" und „Schulen und Hochschulen"

Die Vollversammlung nimmt die Wirtschaftspolitischen Positionen 2017 der IHK-Organisation einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

2. Gebühr für Präqualifizierung (PQ – aV) – Führung des amtlichen Verzeichnisses

In der Vollversammlung am 29. November 2016 hat die Vollversammlung einstimmig die Einrichtung eines amtlichen Verzeichnisses für präqualifizierte Unternehmen nach § 48 Abs. 8 der Vergabeverordnung beschlossen. Ferner wurde die Aufgabenübertragung nach § 10 Abs. 1 IHKG von den IHKs Flensburg und Kiel auf die IHK zu Lübeck beschlossen. Die IHK zu Lübeck führt also für ganz Schleswig-Holstein dieses amtliche Verzeichnis.

Die Führung des Verzeichnisses und die Eintragung der Unternehmen ist eine hoheitliche Tätigkeit, für die eine Gebühr zu kalkulieren ist. Diese wird unter Ziffer 13 in den Gebührentarif der IHK zu Lübeck übernommen.

Die Vollversammlung beschließt einstimmig die Einführung einer neuen Gebühr für die Führung des amtlichen Verzeichnisses für präqualifizierte Unternehmen entsprechend der versandten Anlage.

TOP 2 Aktuelles (aus der IHK Schleswig-Holstein und der IHK zu Lübeck)

1. Integration geflüchteter Menschen in Arbeit und Ausbildung - Positionspapier der IHK Schleswig-Holstein zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter

Dr. Hoffmeister erläutert kurz die Motivation zur Erstellung des Positionspapiers sowie dessen Zielrichtung. Minister Studt hat dieses zur Kenntnis genommen, aber es erfolgte bisher von Landesseite keine Reaktion. Auf der anderen Seite sind die Kammern mit dem Wirtschaftsministerium im Gespräch, um einen ausbildungsbegleitenden Sprachunterricht für die Geflüchteten zu ermöglichen, da andernfalls das Bestehen der IHK-Prüfung gefährdet sein kann.

Herr Dr. Hoffmeister berichtet über die Entstehungsgeschichte und Abstimmung eines Positionspapiers der IHK Schleswig-Holstein zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter anhand der im Vorwege versandten Unterlagen.

Die Vollversammlung beschließt bei einer Stimmenthaltung das Positionspapier der IHK Schleswig-Holstein zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter.

2. Willkommenslotse Flüchtlinge der IHK zu Lübeck – update

   Herr Bareiter stellt sich als Willkommenslotse für Flüchtlinge der IHK zu Lübeck vor und schildert seine Aktivitäten. Frau Bednarski ergänzt den Bericht mit Hinweis auf die Notwendigkeit einer qualifizierten Spracherziehung. Diese sei unabdingbare Voraussetzung für eine Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt.

   Zur Frage inwieweit die Agenturen für Arbeit stärker darauf drängen, dass die Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung gehen und nicht länger im Sprachkurs verweilen, liegen der IHK keine Informationen vor.

   Die Vollversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3. IHK-Ausschüsse und -Wirtschaftsbeiräte - Informationen aus den Gremien

   - Herr Ohldag berichtet der Vollversammlung über die vorausgegangene Sitzung der drei Handelsgremien der schleswig-holsteinischen IHKs zum Thema „Sonntagsöffnung".

     Die Vollversammlung nimmt die Inhalte und das Ergebnis zur Kenntnis und unterstützt eine Positionierung mit dem Ziel, die Wettbewerbsverzerrung des stationären Handels, insbesondere in den Innenstädten, mit Blick auf den Onlinehandel zu verringern. Eine Beteiligung der IHK an einer rechtlichen Klärung der „Anlassbezogenheit" wird begrüßt. Die Diskussion soll ergebnisoffen in der Vollversammlung fortgesetzt werden.

   - Anhebung GWG-Grenze

     Die IHK Schleswig-Holstein setzt sich seit Jahren für Bürokratieabbau insbesondere im Steuerrecht ein. Seit 1965 sind für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) die Anschaffungskosten lediglich bis zu einem Wert von 410,00 € im Jahr der Anschaffung absetzbar. Da viele Gegenstände des täglichen Bedarfs im Unternehmen diesen Betrag überschreiten (Laptops, Handys usw.), ist die Verteilung der Anschaffungskosten auf die Nutzungsdauer mit innerbetrieblicher Bürokratie, der Abstimmung mit dem Steuerberater und der Diskussion mit dem Finanzamt über die Nutzungsdauer verbunden. Eine Anhebung dieser Grenze auf 800,00 € sollte im Rahmen des Bürokratieentlastungs-gesetzes II umgesetzt werden.

     Um dies politisch voranzubringen, haben die IHKs jeweils auf Landesebene an die Landesregierungen geschrieben, um die insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen wichtige Anhebung der GWG-Grenze nicht scheitern zu lassen. Aus der schleswig-holsteinischen Landesregierung sind bereits positive Signale zur Umsetzung gekommen.

     Die IHK Schleswig-Holstein setzt sich aktiv über ihren Arbeitskreis Steuern dafür ein, weitere Beispiele für Bürokratieabbau in der Praxis umzusetzen.

     Die Vollversammlung nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

- IHK zu Lübeck: S 21 bauen und AKN stärken

  Zur weiteren Stärkung der dicht besiedelten Nordgate-Region und des ÖPNV ist die Verlängerung der S-Bahn-Linie S 21 vom HamburgerHauptbahnhof bis nach Kaltenkirchen durch Ausbau und Elektrifizierung erforderlich. Dann sollte die AKN Eisenbahn AG als regionales Eisenbahnunternehmen eine Unterstützung erfahren, beispielsweise durch neue Angebote und mehr Werkstattaufträge. Herr Wildförster, Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur der IHK zu Lübeck, betonte, die AKN sei wichtig für die Entwicklung der Region. Die Mitglieder des Gremiums sprachen sich in ihrer Sitzung in Kaltenkirchen darüber hinaus für die Einführung einer Expresslinie zwischen Neumünster und Norderstedt aus. Die AKN müsste im Falle der Verlängerung der S-Bahn bis nach Kaltenkirchen fast die Hälfte ihrer Verkehrsleistung abgeben, da die verlängerte S21 ohne separates Vergabeverfahren an die S-Bahn GmbH fällt. Damit die AKN Arbeitsplätze sichern kann, sind durch das Land Schleswig-Holstein entsprechende Rahmenbedingungen für das mittelständische Unternehmen zu schaffen, forderte der Ausschuss.
  Zwischen Neumünster und Norderstedt gibt es heute tagsüber nur eine Zugverbindung pro Stunde. Die Reisezeit beträgt mehr als eine Stunde mit Umstieg in Ulzburg-Süd und Halt an allen Stationen. Die Mitglieder des Ausschusses halten es für sinnvoll, dieses Angebot um eine schnelle, durchgehende Expresslinie mit hochwertigen AKN-Fahrzeugen zu ergänzen, die ausschließlich in den zentralen Orten zwischen Neumünster und Norderstedt hält. Eine derartige Expresslinie würde den Korridor stärken, die steigende Nachfrage befriedigen sowie zudem durch die verkürzte Reisezeit neue Fahrgäste gewinnen. Dieses Angebot wäre außerdem geeignet, den Verkehr auf der stark belasteten A7 zu reduzieren.

TOP 3 **Initiative „Mein Unternehmen Zukunft“**

Wie die Botschaft der Initiative „Mein Unternehmen Zukunft“ an die fünf Zielgruppen transportiert werden kann, haben Vertreter des Hauptamts und Ehrenamts in kleineren Workshops in den vergangenen Wochen diskutiert. Die Ergebnisse der Diskussionen stellen die Sprecher der einzelnen Gruppen kurz vor. Alle Ergebnisse werden noch vor der Sommerpause mit dem Kommunikationsbeirat und anschließend mit dem Lenkungsausschuss der Initiative besprochen, um sie in die Gesamtstrategie einzuordnen.
Alle Informationen über den Stand der Initiative sind im geschützten Bereich auf ww.ihk-sh.de für die Mitglieder der Vollversammlung jederzeit einsehbar.
AUFRUF: Wir freuen uns über weitere „Mitmacher“ bei der Aktion „Chef-Praktikum“.

Berichte aus den Zielgruppenteams

- Team Schüler
- Team Auszubildende/Studenten
- Team Fachkräfte
- Team Unternehmer/in
- Team Nachfolge

TOP 4 Schwerpunkt

Gast: Matthias Deiß, Fernsehkorrespondent im ARD-Hauptstadtstudio, Berlin

Herr Matthias Deiß blickt von Berlin auf den Norden. Sein Blick fällt ernüchternd aus: „Im Mai schauen wir nicht in erster Linie nach Kiel, sondern vor allem nach Nordrhein-Westfalen. Das dortige Wahlergebnis ist bedeutender für den Bund." Die Bundesländer könnten sich über den Bundesrat in die Politik einbringen. Aber: „Wer Einfluss nehmen will, muss präsent sein." Herr Deiß fragt daher: „Fordern Sie Ihren Ministerpräsidenten genug? Selbst das kleine Saarland ist besser vertreten." Von den Landespolitikern möchte der aus Ahrensburg stammende Deiß nicht mehr hören: „Das muss Berlin regeln", sondern: „Das muss ich in Berlin regeln." Die Präsenz in der Hauptstadt sei entscheidend für Schleswig-Holstein. Er beobachtet aber eine zunehmende Dynamik und damit einhergehende Zentralisierung in Berlin. „Die Hauptstadt zieht und hängt andere Regionen ab. Im Land Berlin ist die Wirtschaft im vergangenen Jahr doppelt so stark gewachsen wie in Schleswig-Holstein."

In der Diskussion geht Herr Deiß auf Fragen zur Gefahr eines wachsenden Populismus ein: Politik und Interessenvertreter sollten mehr nach vorn denken, anstatt zu betonen, was sie korrigieren wollten. Damit erreichten sie junge Wähler und Bürger, die noch nicht wüssten, ob sie wählen wollen. Zu dieser Haltung passen feste Wertesysteme und langfristige, klare Strategien, betont Herr Deiß. Die Verunsicherung der Verbraucher infolge der Veränderungen in der Welt durch Wahlen in den USA und in Frankreich, Terroranschläge, einem unklaren Kurs der Türkei oder auch den Brexit steigere den Inlandstourismus. „Krisen beinhalten damit immer auch Chancen: Schleswig-Holstein kann davon noch mehr profitieren, wenn die Wirtschaft veränderungswillig und reaktionsfähig bleibt." Schleswig-Holstein könne unter anderem die Chancen des wegen der Unsicherheiten im Ausland gestiegenen Trends zum Inlandstourismus nutzen.

Frau Präses Kühn dankt Herrn Deiß für seine interessanten Ausführungen sowie auch allen Mitgliedern der Vollversammlung für ihr Engagement und die angeregte Diskussion

Lübeck, 22. Juni 2017

Joseph Scharfenberger
Geschäftsbereichsleiter